



Antrag zum Thema "Fracking" der Piratenpartei Deutschland - Kreisverband Kleve

Beratungsweg	Sitzungstermin
Ausschuss für Bürgeranträge	02.07.2012

Zuständiger Dezernent	Rauer, Jürgen
------------------------------	---------------

Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> JA	<input checked="" type="checkbox"/> X	<input type="checkbox"/> NEIN
---------------------------------	-----------------------------	---------------------------------------	-------------------------------

Im Haushaltsplan vorgesehen	<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN			
<input type="checkbox"/> Teilergebnisplan	<input type="checkbox"/> Teilfinanzplan	<input type="checkbox"/> Investitionsmaßnahme			
Produkt Nr.					
Kontengruppe					
Betrag					
einmalige	Erträge	Aufwendungen	laufende	Erträge	Aufwendungen
Insgesamt			Insgesamt		
Beteiligter Dritter			Beteiligter Dritter		
Anteil Stadt Kleve			Anteil Stadt Kleve		

--

1. Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Bürgeranträge nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

2. Schilderung des Sachverhaltes / Begründung

Mit Schreiben vom 08.05.2012 beantragt die Piratenpartei Deutschland - Kreisverband Kleve -, die Gasfördermethode „Fracking“ in Kleve abzulehnen bzw. für eine solche Energiegewinnung keine kommunalen Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Fracking bzw. Hydraulic Fracturing (engl. to fracture – aufbrechen oder aufreißen) ist eine Methode der geologischen Tiefbohrtechnik, bei der durch Einpressen einer Flüssigkeit in eine durch Bohrung erreichte Erdkrustenschicht dort Risse erzeugt und stabilisiert werden. Ziel ist es, die Gas- und Flüssigkeitsdurchlässigkeit in der Gesteinschicht so zu erhöhen, dass ein wirtschaftlicher Abbau von Bodenschätzen (z. B. Erdgas und Erdöl) ermöglicht wird. Hydraulic Fracturing wird auch zur Vorbereitung der Nutzung von Geothermie angewendet.

Das Thema einer etwaigen unkonventionellen Gewinnung von Erdgas durch Fracking hat zumindest in Teilen des Landes in den vergangenen Monaten große Medienaufmerksamkeit erfahren. Hintergrund ist, dass derzeit mehrere Firmen entsprechende Interessen in Nordrhein-Westfalen bzw. auch darüber hinaus verfolgen.

Momentan geht es dabei bergrechtlich ausgedrückt um die „Aufsuchung“. Darunter versteht man Maßnahmen zur Erkundung und zur Feststellung der Ausdehnung der vermuteten Lagerstätte und nicht die etwaige spätere „Gewinnung“. Für weite Teile des Landes NRW wurden bereits „Bergbauberechtigungen“ zur „Aufsuchung“ von Kohlenwasserstoffen vergeben. Eines dieser „Erlaubnisfelder“ betrifft u. a. auch Kleve als Bestandteil eines Feldes namens „Saxon I West“. Bergbauberechtigungen sind jedoch nicht bereits die für konkrete Maßnahmen zur Aufsuchung regelmäßig erforderlichen zugelassenen „Betriebspläne“ (vgl. § 51 Abs. 1 Bundesberggesetz - BBergG). Für eine etwaige spätere Gewinnung wären gesonderte Bewilligungen (oder Bergwerkseigentum) und Betriebspläne erforderlich. Zuständige Genehmigungsbehörde für konkrete Maßnahmen ist die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbauamt. Grundlage für entsprechende Genehmigungen sind zunächst das Bundesberggesetz (BBergG) und die bundeseinheitlich geltende Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau). Hier ist u. a. geregelt welche Behörden im Genehmigungsverfahren zu beteiligen sind. Kreise und Kommunen werden i. d. R. nicht beteiligt und haben so nur eine eingeschränkte Möglichkeit zur Verhinderung der Planung.

Es kann festgestellt werden, dass die Regelungen des aktuellen Bergrechts nicht explizit das Thema „Fracking“ aufgreifen. Auch die Beteiligung anderer Behörden und öffentlichen Stellen im Genehmigungsverfahren scheint nicht dem aktuellen öffentlichen Bedürfnis nach Information und Transparenz in Planverfahren zu genügen. Um diese Problematik zu lösen wären entsprechende Änderungen des Bundesberggesetzes notwendig.

Sollte in der Zwischenzeit weitere, konkrete Entwicklungen bekannt werden, die auch das Stadtgebiet Kleve bzw. die umliegenden Städte und Gemeinde betreffen, wird die Verwaltung weiter berichten.

Die Verwaltung sieht diese Methode sehr kritisch und hat einen restriktiven Umgang damit gefordert.

Kleve, den 22.06.2012



(Brauer)